

# Runter mit der Würde

## Abschreckung: Bundesinnenminister de Maizière will »Standards« für Flüchtlinge weiter senken

Susan Bonath

---

Tausende Flüchtlinge kampieren in Zelten, schlafen in Turnhallen, werden in überfüllte Lager gezwängt. In Brandenburg seien zwar notdürftige Schlafgelegenheiten für 3.000 Menschen geschaffen worden, die Hälfte davon sei aber nicht winterfest, räumte Brandenburgs Landesregierung am Donnerstag ein. In Dresden teilen sich 30 Personen eine Toilette und 40 eine Dusche. Neben drei Mahlzeiten pro Tag erhalten sie laut Sachsens Landesdirektion etwas Taschengeld. So schreibt es das Gesetz vor. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) ist das ein Dorn im Auge: Im Vergleich zu anderen Ländern in Europa gehe es Flüchtlingen in Deutschland zu gut, behauptete er gegenüber dem heute-journal des ZDF am Donnerstagabend. Im Klartext: Wer unwillkommen ist, solle entsprechend unwürdiger behandelt werden. Wörtlich sagte er: »Wir brauchen eine europäische Debatte über Standards der Menschenwürde und Leistungen.«

Der CDU-Minister will abschrecken, etwa sogenannte Armutsfüchtlinge. Für diese dürfe eine Einreise in Deutschland »keine Option« sein. Vor allem meint er damit »Menschen aus dem Westbalkan und Griechenland«. Rund 40 Prozent der Neuankömmlinge stammten daher. Seit Juli würden sie in Erstaufnahmelagern belassen und nicht an Kommunen verwiesen, lobte de Maizière. Es gelte, die »Anträge dort zu bearbeiten und sie innerhalb weniger Wochen zurückzuführen«. »Wir müssen ihnen schnell sagen: Ihr müsst unser Land verlassen«. Der Minister griff noch tiefer in den rechten Propagandatopf: Deutschland brauche Hilfe in Form »einer europäischen Antwort«. So habe die EU jüngst beschlossen, »Wartezonen« in Griechenland und Italien »mit europäischer Führung« einzurichten, um Flüchtlinge bereits von dort »schneller zurückzuführen oder zu verteilen«. De Maizières seltsamer Schluss: „Wenn wir Verfahren entsprechend des Dublin-Abkommens nicht dort durchführen, wo sie anfallen, gefährden wir die Freizügigkeit.« Schuld am Chaos seien nicht die NATO-Kriegspolitik, Aufrüstung und wirtschaftliche Aushungerung, sondern »die Flüchtlinge, die unsolidarisch sind«. Diese kämen, so seine Logik, »ohne ein Recht auf Einreise hierher wegen der hohen Standards«. »Die Leistungen für Asylbewerber in Deutschland sind so hoch wie das Einkommen eines Polizisten im Kosovo oder in Albanien«, verglich der Minister.

Die Hilfen für Betroffene abzuspecken, sei jedoch in der Bundesrepublik nicht so einfach, bedauerte de Maizière. Das Bundesverfassungsgericht habe 2012 »enge Grenzen« gesetzt. Damals urteilte es, dass die Hartz-IV-Sätze das menschenwürdige Existenzminimum »für Deutsche und Ausländer« darstellten und zu gewähren sei. Im Jargon des Ministers ist Hartz IV »der Ausfluss der Menschenwürde«. Direktes Kürzen sei somit nicht drin. »Aber man kann mehr Sachleistungen machen, das Taschengeld genauer angucken, nicht viel Bargeld ausgeben, vor allem in Erstaufnahmeeinrichtungen«, blickte er voraus. Und er unterstellte: Das Bargeld erhielten am Ende »doch nur die Schlepper«.

Mit seiner Forderung bewege sich der Minister »hart am Rande der Verfassung«, warnte am Freitag die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Ulla Jelpke. »Auch Flüchtlinge mit kurzen Aufenthaltsperspektiven haben ein Anrecht auf ein Mindestmaß an Teilhabe.« Das habe Karlsruhe klargestellt, so Jelpke. De Maizières Vorstoß unterlaufe die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes.

»Anstatt darüber zu rasonieren, wie man Menschen, die ohnehin alles verloren haben, noch die Würde nimmt, sollte sich der Minister für einen reibungslosen Ablauf bei der Aufnahme einsetzen.«

---

<http://www.jungewelt.de/2015/08-15/036.php>